



Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW - 40190 Düsseldorf

An die
Kreise und kreisfreien Städte

über die
Bezirksregierungen Arnsberg, Detmold,
Düsseldorf, Köln und Münster

nachrichtlich:
Landesamt für Natur, Umwelt und
Verbraucherschutz des Landes NRW (LANUV)

Seite 1 von 3
17.10.2019

Aktenzeichen
III-4-
bei Antwort bitte angeben

Herr Dr. Ernst-Friedrich Kiel
Telefon: 0211 4566-369
Telefax: 0211 4566-947
ernst-friedrich.kiel@
mulnv.nrw.de

**Stickstoffeinträge in stickstoffempfindliche Lebensraumtypen
hier: Entscheidung des BVerwG vom 15.05.2019, Az. 7 C 27.17**

Mit Erlass vom 04.06.2019 hatte ich Sie über das aktuelle Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes (BVerwG v. 15.05.2019, Az. 7 C 27.17) zum Revisionsverfahren zum Steinkohlekraftwerk in Lünen informiert. Darin hat das BVerwG das Urteil des Obergerverwaltungsgericht (OVG) NRW aus dem Jahr 2016 (OVG NRW v. 16.06.2016, Az. 8 D 99/13.AK) aufgehoben und das Verfahren zur erneuten Entscheidung an das OVG NRW zurückverwiesen.

Nach eingehender fachlicher und rechtlicher Prüfung der schriftlichen Urteilsgründe ist es bezüglich der FFH-Verträglichkeitsprüfung von eutrophierenden Stickstoffeinträgen geboten, ab sofort den vorhabenbezogenen Abschneidewert in Höhe von 0,3 kg N/ha*a als naturwissenschaftlich gesicherten Wert zugrunde zu legen. Hinsichtlich der versauernden Stoffeinträge ist ab sofort der vorhabenbezogenen Abschneidewert in Höhe von 24 eq (N+S)/ha*a zugrunde zu legen. Die genannten Werte sind für die Festlegung sowohl des Einwirkungsbereichs des beantragten Projektes als auch der gegebenenfalls zu summierenden weiteren Projektmaßnahmen maßgeblich.

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Schwannstr. 3
40476 Düsseldorf
Telefon 0211 4566-0
Telefax 0211 4566-388
poststelle@mulnv.nrw.de
www.umwelt.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien U78 und U79
Haltestelle Kennedydamm oder
Buslinie 721 (Flughafen) und 722
(Messe) Haltestelle Frankenplatz



Des Weiteren sind im Rahmen der Summationsbetrachtung nur diejenigen weiteren Projekte zu berücksichtigen, für die bereits eine Genehmigung erteilt worden ist. Erst zu diesem Zeitpunkt sind nach Auffassung des BVerwG die Auswirkungen der parallelen Projekte verlässlich absehbar. Der bislang maßgebliche „Zeitpunkt des Einreichens prüffähiger Antragsunterlagen“ ist diesbezüglich nicht mehr relevant. Seite 2 von 3

Das BVerwG weist darauf hin, dass bei der Summationsbetrachtung in Bezug auf die Ausschöpfung der Bagatellschwelle i.H.v. 3 % des Critical Loads nicht stets bis auf den Zeitpunkt der Aufnahme des betreffenden FFH-Gebietes in die Gemeinschaftsliste (Dezember 2004) zurückzugehen sei. Die 3 %-Bagatellschwelle kann in begründeten Fällen auch mehrfach in Anspruch genommen werden. Dies sei möglich, wenn aufgrund der besten einschlägigen wissenschaftlichen Erkenntnisse eine eindeutige Verbesserung der Hintergrundbelastung (Vorbelastung) festgestellt wurde und die für das betreffende Natura-2000-Gebiet festgelegten Schutzzwecke und Erhaltungsziele gewahrt werden.

Das BVerwG erwägt in diesem Zusammenhang eine Heranziehung der jeweils aktuellen Daten des Umweltbundesamtes (UBA) zur Stickstoff-Vorbelastung (<http://gis.uba.de/website/depo1/>), gegebenenfalls unter Einbeziehung von Projektauswirkungen, die noch keinen Niederschlag in diesen Datensätzen gefunden haben („korrigierte Hintergrundbelastung“). Ob aufgrund belastbarer Daten zu einer Verbesserung der Hintergrundbelastung ein Zeitpunkt nach 2004 für die Summationsbetrachtung maßgeblich ist, muss daher in dem jeweiligen Verfahren einzelfallbezogen geklärt werden.

Die bisherige Erlasslage des Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW (MULNV) zu den o. g. Aspekten wird mit diesem Erlass mit sofortiger Wirkung dementsprechend geändert.

Das heißt, dass die neuen Grundsätze auch in noch laufenden Verfahren zugrunde zu legen sind. Hinsichtlich der Prüfmethodik ist dementsprechend im Geschäftsbereich des MULNV ab sofort nicht mehr der



LANUV-Stickstoffleitfaden in der Fassung der Verbändeanhörung (Stand: 29.09.2014) anzuwenden. Statt dessen soll in Anpassung an das Seite 3 von 3 BVerwG-Urteil bei Vorhaben nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) der so genannte „LAI/LANA-Leitfaden“ zur Anwendung kommen (im Internet unter: https://www.la-na.de/documents/stickstoffleitfaden-bimSchg-anlagen-19-02-19_1557517123.pdf), bei Straßenbauvorhaben der so genannte „FGSV-Leitfaden (H PSE)“ (im Internet unter: <http://www.fgsv-verlag.de>).

Im Zusammenhang mit der Prüfung von Stickstoffeinträgen liegt außerdem ein – nicht rechtskräftiges – Urteil des Verwaltungsgerichts (VG) Münster vor (Urteil vom 12.04.2018, 2 K 2307/16). Nach Auffassung des VG Münster soll die vom OVG Münster im o. g. Urteil entwickelte Methodik zur FFH-Verträglichkeitsprüfung von Stickstoffeinträgen auch für gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 Abs. 2 BNatSchG gelten. Die vom VG Münster vorgeschlagene Übertragung der FFH-Prüfmethodik auf den gesetzlichen Biotopschutz wird vom MULNV angesichts des o. g. Urteils des BVerwG im Revisionsverfahren nicht zur Anwendung empfohlen. Gleiches gilt für die Ausführungen des VG Münster zur Beeinträchtigung von Wallhecken. Es ist derzeit noch ungewiss, ob die Anforderungen des VG Münster höchstrichterlich bestätigt werden. Durch die zuständigen Genehmigungsbehörden sollte kein Antrag abgelehnt werden, nur weil der Antragsteller seinen Antrag nicht vorsorglich an die Rechtsprechung des VG Münster angepasst hat.

Ich bitte darum, die nachgeordneten Immissionsschutz- und Naturschutzbehörden über die geänderte Erlasslage zu informieren. Antragsteller sollten durch die zuständigen Behörden im Rahmen ihrer Beratungstätigkeit ebenso auf die neue Erlasslage hingewiesen werden.

Im Auftrag

(Kaiser)